

## KONFERENZEN

### 1. Berichte

#### Die Philippinen unter Corazon Aquino; Passau, 15.-17. Juni 1989

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf den Philippinen unter der Präsidentin Corazon Aquino waren Gegenstand des vierten Passauer Südostasien-Kolloquiums vom 15.-17. Juni 1989, das von etwa 50 Teilnehmern besucht war. Es sollte eine erste Bilanz gezogen werden über Erfolge und Mißerfolge der Politik der Frau des im August 1983 ermordeten Politikers Benigno Aquino jr., die 1986 durch eine gewaltlose Volksbewegung ins Präsidentenamt der Philippinen getragen worden war.

Im Unterschied zu den bisher in Passau veranstalteten Kolloquien zu südostasiatischen Themen konnte dank der großzügigen Förderung durch die Volkswagen-Stiftung dieses Mal auch eine Anzahl Forscher aus dem Lande selbst teilnehmen, dessen Entwicklungen in extenso erörtert wurden. Ihre Mitwirkung erwies sich für den Verlauf der Diskussion als außerordentlich wertvoll, zumal unter ihnen Wissenschaftler von recht unterschiedlicher politischer Couleur waren. Auf diese Weise konnte z.B. verhindert werden, daß Probleme ignoriert oder nur einseitig vorgestellt wurden. Anlaß zur Korrektur von Vorurteilen hat es in den sich über drei Tage hinziehenden Vorträgen und Diskussionen des Symposiums jedenfalls genug gegeben.

Fragt man nach den konkreten Ergebnissen des Kolloquiums, dann wäre der große Informationswert der Ausführungen von "insiders" an erster Stelle zu nennen. Einige der Gäste waren oder sind konkret an der Ausarbeitung der Regierungspolitik von Corazon Aquino beteiligt. Mancher inner-philippinische Dialog ist bei dem freien Austausch der Meinungen zustande gekommen, der vor Ort wegen erstarrter Frontenstellungen oft schon nicht mehr möglich ist. Von einigen Filipinos wurde dankbar angemerkt, die lange Reise nach Passau habe sich schon aus diesem Grunde gelohnt!

Der wissenschaftliche Ertrag des Kolloquiums ist nicht so bündig zu umreißen. Zur Diskussion standen am ersten Tag der Konferenz "Wirtschaft und Gesellschaft der Philippinen in den 80er Jahren". Den Referenten war angeraten worden, sich zunächst vor allem den strukturellen Problemen und insbesondere den Wurzeln der Armut auf den Philippinen

zuzuwenden. Immerhin leben mehr als 59 Prozent der 55 Millionen Filipinos (im nördlichen Bereich gar 63,7 Prozent) unterhalb der Armutsgrenze. Diese ist definiert als das Einkommen pro Monat, das ausreicht, den Bedarf einer sechsköpfigen Familie an Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern zu decken. Gravierender noch ist der Umstand, daß 42,8 Prozent gar unter der Subsistenzgrenze leben, d.h. daß auch der Mindestbedarf für die Nahrungsmittelversorgung nicht mehr gewährleistet ist. Dieser lag im Jahre 1985 bei umgerechnet etwa 100,00 DM Monatseinkommen eines Familienvaters und hat sich seither nicht wesentlich gebessert, wobei natürlich ein niedrigeres Preisniveau in Rechnung zu stellen ist. Aber die bekannten Bilder von den im Müll der Reichen nach Nahrung suchenden Menschen haben hier ihren realen Hintergrund.

Bei der Frage nach den Ursachen der Armut steht die Fehlverteilung der Güter, der Skandal der kleinen Gruppe der in Reichtum und Luxus schwelgenden Familien, die in allen möglichen Lebensbereichen, in Politik, Wirtschaft, Bildung, Mode usw. die Bedingungen diktieren können, ganz oben an. Diese Familien - die Zahl der Kernfamilien wurde einmal mit 37 angegeben - haben sich zunächst in der spanischen (bis 1898) und dann in der amerikanischen Kolonialzeit (bis 1946) eine Sonderstellung erobern können und es verstanden, diese seit der Unabhängigkeit weiter zu festigen. Sie sind auch dabei, reformerische Ansätze unter der Regierung von Frau Aquino, die selbst aus einer dieser reichen Familien kommt und guten Willens war, in den Besitzstrukturen einschneidende Veränderungen vorzunehmen, zu blockieren. Erste Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit (offiziell 12 Prozent), zur Erhöhung des Mindestlohnes, zum Ausbau der Landwirtschaft, zur Wiederaufforstung der dem Geldhunger der Mächtigen zum Opfer gefallenen Wälder sind schon wieder ins Stocken geraten. Dies gilt auch für die sehnlich erwartete Durchsetzung einer tiefergreifenden Landreform, denn in der Verfügungsgewalt über den Großteil der Agrarflächen durch eine kleine bevorrechtigte Minderheit der Bevölkerung liegt die eigentliche Wurzel des Übels. Seit 1945 hat es schon dreimal größere Versuche gegeben, hier einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Diese Versuche sind an Fragen der Begrenzung des Besitzstandes und der Höhe der Entschädigung für die Eigentümer bisher jedoch immer wieder gescheitert.

Die grundlegenden Vorträge in Passau von Günter Siemers (Institut für Asienkunde, Hamburg) über wirtschaftliche und von Professor Randolph David (Manila) über soziale Ursachen auf den Philippinen boten so schon ein düsteres Bild, das durch Beiträge über den Raubbau



an den Wäldern (Professor Willem Wolters, Nijmegen) und über neue Verzögerungen in der Landreform (Professor Otto v.d. Muizenberg, Amsterdam und Melly Quintos de Jesus, Manila) dann noch um einige Schatten dunkler wurde.

Entscheidend aufgeheilt wurde es auch nicht durch die derzeitigen Planungen der Regierung für die Zukunft, wie sie am Ende des ersten Konferenztages von Professor Dirk Bronger (Ruhr-Universität Bochum) skizziert wurden. Trotz aller aner kennenswerten Versuche bleiben die Erwartungen dauerhafter Erfolge vorerst gedämpft. In den Diskussionen überwog die Skepsis vor allem wegen des zuletzt wieder stärker sichtbar werdenden Einflusses der traditionellen Eliten. Deren kultureller Hintergrund und ihre Probleme der Ausrichtung auf den philippinischen Staat wurden in einem Beitrag von Niels Mulder (Amsterdam) diskutiert.

Eine eher skeptische Einschätzung der Möglichkeit durchgreifender Reformen war auch der Tenor der Diskussionen des zweiten Konferenztages, der den politischen Entwicklungen vorbehalten war. Der frühere Botschafter der Philippinen in der Bundesrepublik Deutschland, Professor A. Espiritu, Manila, stellte fest, daß von einer Re-Demokratisierung unter Corazon Aquino schon deshalb nicht gesprochen werden könnte, weil in den Philippinen in den früheren Jahrzehnten vor Einführung des Kriegesrechtes unter Marcos (1972) bestenfalls eine "Demokratie der Eliten" bestanden hätte. Und diese Eliten seien auch heute wieder dominant neben dem gewachsenen Einfluß des Militärs und der oft zu konstatierenden Mißachtung der Menschenrechte. Deshalb sei auch das Wiederaufleben der kommunistischen Guerilla, der New People's Army (NPA) und anderer Sezessionsbewegungen nicht zu verwundern: "The lesson is that insurgency will always be with us so long as massive poverty and dehumanization persist in our society".

Auch Rainer Werning aus Osnabrück brachte nachdenklich stimmende Beispiele von zunehmenden Verletzungen von Menschenrechten. Seine Ausführungen wollten bewußt provozieren, aber einige seiner Thesen, z.B. von auswärtigen Einflüssen auf die philippinische Politik, bestimmt durch strategische Interessen der USA oder den Einfluß des Militärs auf Präsidentin Aquino, waren zu wenig substantiiert. Professor Wilfredo Villacorta aus Manila brachte eine ausgewogenere Analyse der politischen Kräfte in den Philippinen, als Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung konnte er außerdem vertieft auf Problemstellungen eingehen, die dort erörtert worden waren.

Interessant war der Beitrag der zur Zeit in Bielefeld studierenden Filipina Gregorio-Medel, die über Versuche von Non-Government Organisationen (NGOs) berichtete, an denen sie selbst beteiligt war, um den Menschen auf dem Lande ein klareres Verständnis ihrer Rechte und Möglichkeiten zu vermitteln. Langfristig ist dieser Weg des Eingehens auf lokale Beschwerden und der individuellen Beratung möglicherweise die beste Prophylaxe gegen die kommunistische Guerilla. Sie operiert in den Philippinen mit dort kaum aussagekräftigem maoistischem Vokabular, schreckt aber auch vor brutalen Mordtaten nicht zurück. Wie der Beitrag von Professor Rolf Hanisch aus Hamburg deutlich machte, ist die New People's Army in den letzten Jahren deshalb schon gelegentlich an die Grenzen ihrer Einflußmöglichkeiten gestoßen, andererseits kann sie aber auch nur schwer besiegt werden, weil sie landesweit über einen zuverlässigen Kreis von Sympathisanten und Informanten und dazu über nur schwer zugängliche Basen im Dschungel verfügt.

Zur Rolle des Militärs, das gelegentlich als für die Zukunft der Philippinen ausschlaggebend angesehen wird, gab es zwei Beiträge. Professor Carolina Hernandez (University of the Philippines), in vielen Publikationen als gute Sachkennerin der Entwicklung des philippinischen Militärs ausgewiesen, sprach von einem seit dem Erlaß des Kriegsrechtes unter Marcos enorm gewachsenen Einfluß des Militärs auch in politischen Angelegenheiten. Dieser neue Einfluß werde sich auch in Zukunft Geltung verschaffen. Aber zunehmendes demokratisches Bewußtsein in und außerhalb der Kreise des Militärs werde im Normalfall den Wunsch nach einer Übernahme der Macht auf die Dauer schwächen und "it is not that farfetched to hope that military subordination in politics can yet be a realizable long-term goal for the country". - Ein Paper des Berliner Politologen Wolfgang Heinz kam zu einer skeptischeren Bewertung. Er verglich die Entwicklungen auf den Philippinen mit denen in den benachbarten südostasiatischen Staaten, wo bekanntlich in Indonesien, Birma oder Thailand das Militär schon frühzeitig die Macht übernahm. Früher sei das philippinische Militär getreu der anglo-amerikanischen Tradition geradezu unpolitisch gewesen. Sein Machtzuwachs unter Marcos habe es jedoch zunehmend politisiert. Auch wenn die Armeeführung sich von den gelegentlichen Militärcoups bisher immer noch distanziert habe, so sei doch deutlich, daß sie sich, besonders in Sicherheitsfragen und in der Behandlung der kommunistischen Guerilla, bisher schon mehr als ein Mitspracherecht gesichert habe. Obgleich nach außen der zivile Charakter der Regierung betont werde, sei der Prozeß, der den Einfluß der Militärs weiter festige, kaum aufzuhalten.



Am dritten Tag des Kolloquiums stand die Problematik des islamischen Südens der Philippinen und die Politik gegenüber der sezessionistischen Moro National Liberation Front (MNLF) zur Diskussion. Als Referent konnte Dr. E. de Jesus gewonnen werden, der in einer von der Präsidentin Aquino eingesetzten Friedenskommission an verantwortlicher Stelle mitwirkt und ein klares Bild von der Problemlage zeichnete. Bekanntlich bestehen die Schwierigkeiten in der Integration des islamischen Südens der Inselwelt in ein (christliches) philippinisches Staatswesen schon seit Jahrhunderten, weder die spanische noch die amerikanische Kolonialmacht konnten hier eine dauerhafte Lösung finden. Unter Präsident Marcos brach dann die offene Sezessionsbewegung der Muslime aus, die von den reichen islamischen Staaten in der Golfregion unterstützt wurde. Das Angebot der Aquino-Regierung ist ein autonomer Status für den Süden innerhalb der Republik der Philippinen. Für die nahe Zukunft ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung über diesen Vorschlag geplant. Dazu ist aber zunächst eine Aufklärungskampagne nötig, weil die Muslime sich unter "Autonomie" nur wenig vorstellen können. Die MNLF hingegen kämpft, ähnlich wie unter Marcos, auch jetzt für einen eigenen islamischen Staat. Das Plebeszitt soll zeigen, ob sie oder die Regierungsvorschläge eine Mehrheit unter den Muslimen des Sulu-Archipels und den islamischen Gebieten Mindanaos finden.

Einen in den ursprünglichen Planungen nicht vorgesehenen weiteren Tagungsordnungspunkt brachte der von der Hanns-Seidel-Stiftung in München vermittelte Besuch des philippinischen Parlamentspräsidenten Ramon V. Mitra in Passau am Schlußtag der Konferenz. Ihm wurden von dem langjährigen amerikanischen Philippinen-Experten David Wurfel (z. Zt. Winsor, Kanada), in thesenhafter Form die Ergebnisse des Kolloquiums mitgeteilt, dabei wurden auch die kritischen Bemerkungen nicht ausgespart, die im Verlauf der Tagung an die Adresse der Regierung gerichtet worden waren. Ramon Mitra nahm zu einigen der angesprochenen Punkte Stellung, weitere wollte er an die zuständigen Stellen weiterleiten. Für die Anwesenden war dieser freie Austausch über den Tisch hinweg zwischen einem prominenten Vertreter der Regierung und einigen ihrer profiliertesten Kritiker ein faszinierendes Erlebnis, auch, wie dieser später erklärte, für Präsident Mitra selbst, der einige seiner Gesprächspartner bisher nur dem Namen nach kannte.